

HOPE M. HARRISON

Die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße als ein Ort des Erinnerns 1989–2011¹

In den mehr als zwanzig Jahren seit dem Fall der Mauer hat die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße stetig an Bedeutung, Besuchern und Inhalt gewonnen sowie zunehmend finanzielle Unterstützung erhalten. Zumindest in den ersten fünfzehn Jahren seit der Gründung 1989 unterlagen die Verwalter der Einrichtung gewissen Einschränkungen durch eigentumsrechtliche Fragen, geringe Mittelausstattung und die Tatsache, dass Öffentlichkeit und Politik grundsätzlich wenig von der Bedeutung der Erinnerung und des Gedenkens an die Berliner Mauer, an ihre Geschichte und ihre Opfer überzeugt waren. Die Gedenkstätte ist aber nicht losgelöst vom allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Kontext zu betrachten, der im Mittelpunkt der Diskussionen in Berlin und Deutschland über die Aufarbeitung der Geschichte der DDR/SED/Berliner Mauer steht. So überrascht es nicht, dass es einige Zeit dauerte, bis die Beteiligten genügend Abstand gewonnen hatten und die Energie und das Interesse aufbrachten, diese Geschichte neu aufzurollen.

Die Bernauer Straße stand nach 1990 oft im Fokus breiter öffentlicher politischer Debatten über die Art und Weise, wie mit der Geschichte Ostdeutschlands und mit der Berliner Mauer im Speziellen umzugehen sei. Die Verwalter der Gedenkstätte haben daraus gelernt und den Erinnerungsort mit wachsendem Erfolg verändert und erweitert; bis 2011 wird er zu einem würdigen Ort des Gedenkens an die Berliner Mauer und ihre Opfer sowie zu einem Ort des Lernens ausgebaut sein. Dies war kein leichtes Unterfangen, aber von großer Bedeutung für die weitere deutsche Aufarbeitung der Geschichte.

Anfänglich, in den Jahren 1989/1990, stand Pfarrer Manfred Fischer von der Versöhnungsgemeinde an der Bernauer Straße fast allein mit seinem dringenden Anliegen, die Mauer an dieser Stelle als Ort des Gedenkens zu bewahren. Bei mehr als einer Gelegenheit verhinderte er durch seine persönliche Präsenz den Abriss der Mauer zwischen Ackerstraße und Bergstraße. In Helmut Trotnow vom Deutschen Historischen Museum (DHM) fand Fischer

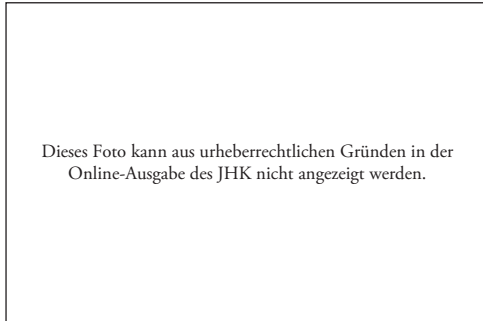
¹ Der vorliegende Artikel basiert auf Interviews mit vielen wichtigen Beteiligten dieses Prozesses, darunter Manfred Fischer, Helmut Trotnow, Gabi Dolff-Bonekämper, Volker Hassemer, Gabriele Camphausen, Klaus Wowereit, Rainer Klemke, Maria Nooke, Gerhard Sälter, Alexandra Hildebrandt, Thomas Flierl, Günter Schlusche, Klaus-Dietmar Henke, Manfred Wilke, Joachim Gauck, Wolfgang Schäuble, Christian Freiesleben, Knut Nevermann, Susanne Olbertz, Wolfgang Thierse, Axel Klausmeier, Hans-Hermann Hertle, Monica Geyler-von Bernus, Rainer Wagner, Michael Cramer, Konrad Jarausch, Martin Sabrow, Sven Felix Kellerhoff und Thomas Rogalla. Einige von ihnen haben auch ihre persönlichen Unterlagen und Gesprächsnotizen zur Verfügung gestellt.

schließlich einen starken Partner. Sie standen als Team zusammen als es darum ging, die Mauerreste vor Ort zu bewahren und als Denkmal schützen zu lassen. Gemeinsam mit Peter Möbius veröffentlichte Trotnow 1990 ein Buch, in dem er sich für eine Gedenkstätte an der Bernauer Straße einsetzte.² Mithilfe zahlreicher Aufnahmen illustriert dieses Buch die wichtigsten Momente der Geschichte der Mauer an der Bernauer Straße; das Nachwort stammt von Pfarrer Fischer. Um die Mauerreste der Grenze vor der vollständigen Zerstörung zu bewahren, sah sich Trotnow streckenweise veranlasst, sie vorübergehend zu entfernen und sicher aufzubewahren, um sie dann zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder zurückzubringen. Aus Gründen der Denkmalpflege war ihm die Rückführung der Originalteile jedoch später nicht mehr gestattet.

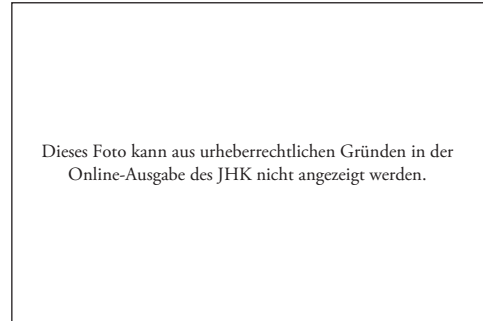
Anfang der Neunzigerjahre setzte sich Trotnow dafür ein, auf politischer Ebene Unterstützung für die Errichtung einer Gedenkstätte zu erhalten; offenen Rückhalt erhielt er dabei vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl und dessen Innenminister Wolfgang Schäuble. Auch die Mitglieder der Runden Tische von Berlin-Mitte forderten Anfang der Neunzigerjahre eine Gedenkstätte. Dies führte dazu, dass die Volkskammer am 2. Oktober 1990 positiv darüber abstimmte, den Bereich der Mauer an der Bernauer Straße zwischen Bergstraße und Ackerstraße unter Denkmalschutz zu stellen. Das vereinigte Berlin bestätigte diese Entscheidung 1991.

Dennoch waren die breite Öffentlichkeit und weite politische Kreise der Auffassung, dass die verhasste Mauer der Vergangenheit angehöre und keine Mittel für die Bewahrung und das Gedenken an sie aufgebracht werden sollten. Die Zeit schien schlicht noch nicht reif dafür. Aber Fischer und Trotnow gaben nicht auf. In den darauf folgenden zwanzig Jahren schlossen sich in wichtigen Momenten immer mehr Menschen ihrem Standpunkt an. Schließlich konnten sie sich einer stetig wachsenden Anhängerschaft in Politik und Gesellschaft erfreuen, die ihre Positionen, mit Blick auf die Bewahrung und das Gedenken der Mauer, besonders an der Bernauer Straße, zunehmend unterstützten. Nun hieß es nicht mehr übereinstimmend »Die Mauer muss weg!«, sondern »Wo können wir die Mauer sehen? Warum ist so wenig von der Mauer geblieben?«. Weil die Bernauer Straße die größte Zahl authentischer Überreste der Mauer und des Todesstreifens aufwies, rückte sie mehr und mehr in den Mittelpunkt des Interesses von Bund, Land und Bezirk, wenn es um öffentliche Gedenkfeiern für die Mauer ging. Hinzu kam, dass sie auf eine unvergleichlich dramatische Geschichte zurückblicken kann: Die Grenze verlief entlang der Bürgersteige auf der südlichen Mitte-Seite direkt vor den Wohngebäuden, sodass die Häuser selbst im sowjetischen Sektor lagen, der Bürgersteig vor ihnen jedoch im Wedding, der zum französischen Sektor gehörte. Dies führte bekanntlich dazu, dass anfänglich Menschen aus den Fenstern sprangen, um aus dem Osten zu fliehen. Später wurden die Bewohner der Häuser, die an der Grenze des sowjetischen Sektors lagen, gezwungen, aus ihren Wohnungen auszuziehen. Danach wurden die Gebäude zugemauert und schließlich zerstört bzw. als Teil der Grenze benutzt. Zehn Menschen starben beim Sprung aus dem Fenster, aber vielen gelang es auch, durch Tunnel zu entkommen, die unter der Mauer an der Bernauer Straße gegraben wurden.

2 Peter Möbius/Helmut Trotnow: *Mauern sind nicht für ewig gebaut*, Berlin 1990.



Kohlhoff-Denkmal, Bernauer Straße



Versöhnungskapelle, Bernauer Straße

Seit Anfang der Neunzigerjahre gab es, dies will der vorliegende Artikel zeigen, bis zum fünfzigsten Jahrestag der Errichtung der Mauer im Jahr 2011 sechs Schlüsselphasen, die die Entwicklung der Gedenkstätte Berliner Mauer entscheidend beeinflussten. Sie sorgten für kontroverse Diskussionen und standen sinnbildlich für umfassendere Debatten innerhalb der Gesellschaft.

Die erste Phase: 1991–1998

Obwohl der Berliner Senat am 13. August 1991 den Beschluss »zur Errichtung einer Erinnerungs- und Gedenkstätte an die Mauer und ihre Opfer in der Bernauer Straße« fasste, mangelte es im Grunde am politischen Willen, dies in die Tat umzusetzen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Berlins Hauptaugenmerk und seine Ressourcen galten größeren Bauprojekten am Potsdamer Platz und anderen Orten. So beauftragte der Bund das DHM mit der Ausarbeitung eines Planes für die Bernauer Straße, und Berlin stimmte zu.

1994 sponserte das DHM einen architektonisch-künstlerischen Ideenwettbewerb für die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße. Aufgrund der – glücklicherweise nicht umgesetzten – Pläne der Stadt, die Bernauer Straße in eine Stadtautobahn/Ringstraße zu verwandeln, sowie aufgrund des Widerstandes der Sophiengemeinde, die nicht gestatten wollte, dass ein Gros ihrer Fläche für eine Gedenkstätte genutzt wurde, war das Areal des Erinnerungsortes recht klein bemessen. Die eingereichten Wettbewerbsvorschläge mussten zwei Teile der Gedenkstätte berücksichtigen: das siebzig Meter umfassende Baudenkmal aus Mauerresten an der Bernauer Straße zwischen Ackerstraße und Bergstraße und die für ein Opferdenkmal vorgesehenen sechzig Meter entlang des ehemaligen Todesstreifens. Ein weiterer siebzig Meter langer Streifen sollte an den Sophienfriedhof zurückfallen.

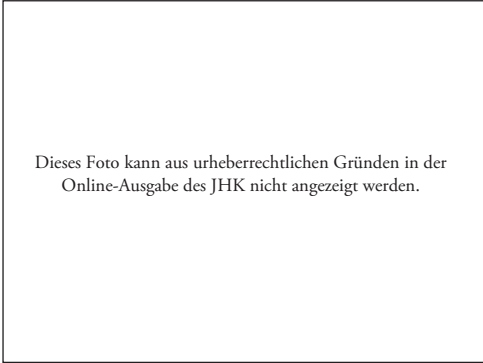
Die Jury vergab keinen ersten Preis, jedoch drei zweite Preise. Im Juli 1995 entschied sich der Berliner Senat für den Vorschlag der Stuttgarter Architekten Kohlhoff und Kohlhoff, eine Entscheidung, die sich über viele Jahre als sehr strittig erweisen sollte. Aufgrund von Problemen im Zusammenhang mit der Mittelbereitstellung und der Kontroverse über den Ge-

winnervorschlag, der von vielen Menschen als verwirrend und kalt angesehen wurde, konnte das Denkmal erst am 13. August 1998 fertiggestellt werden. In der Zwischenzeit entfernte die Sophiengemeinde 1997 eigenmächtig zweiunddreißig Mauersegmente, die über Gräbern ihres Friedhofes an der Bernauer Straße standen, und schwächte dadurch den Gesamteindruck der Gedenkstätte. Viele waren der Ansicht, dass das Kohlhoff-Denkmal das Gleiche bewirke und meinten, das kalte und verwirrende Kohlhoff-Denkmal würde in Verbindung mit den von der Sophiengemeinde entfernten Mauerteilen die Gedenkstätte radikal schädigen.

Zwischen der ehemaligen Grenzmauer mit Blick nach Westen an der Bernauer Straße und der Hinterlandsicherungsmauer mit dem Todesstreifen schufen die Architekten ein Rechteck mit zwei neuen, größeren Mauern aus Stahl. Dieses kastenförmige Gebilde konnte, wenn man nichts über die Mauer wusste, leicht für Verwirrung sorgen und die Frage aufwerfen, welche Teile denn wirklich zur Mauer gehört hatten. Hinzu kam, dass die verschiedenen Opfergruppen hellauf empört darauf reagierten, dass die geplante Widmung nur das Wort »Opfer« enthielt, ohne nähere Erläuterungen. Dies wurde geändert: Die endgültige Inschrift des Denkmals lautete schließlich: »In Erinnerung an die Teilung der Stadt vom 13. August 1961 bis 9. November 1989 und zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.«

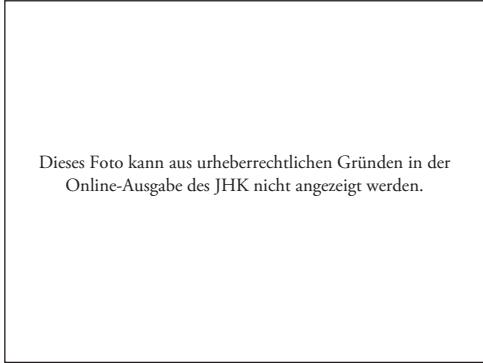
Die zweite Phase: 1999–2003

Die zweite Entwicklungsphase zwischen 1999 und 2003 verlief weitaus weniger kontrovers als die vorangegangene. Während dieser Zeit erfolgte die erste ernsthafte Erweiterung des Standortes der Gedenkstätte: 1998 wurde der Trägerverein Berliner Mauer für eine Gedenkstätte und ein neues Dokumentationszentrum gegründet, das im Gemeindehaus der Versöhnungsgemeinde in der Bernauer Straße Nr. 111 angesiedelt werden sollte. Leiterin des Vereins war Gabriele Camphausen, die sich gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Trägervereins als Schlüsselfigur zu Pfarrer Fischer hinzugesellte. Aufgrund recht begrenzter finanzieller Mittel war es ihnen zusammen mit Maria Nooke, die sich ihnen angeschlossen hatte, lediglich möglich, am 9. November 1999 im Dokumentationszentrum eine kleine Ausstellung mit dem Titel »Grenzblicke« über die Geschichte der Mauer an der Bernauer Straße zu eröffnen. Ein Jahr später, am 9. November 2000, wurde eine neue Versöhnungskapelle an dem Ort errichtet, wo 1985 die weitaus größere Versöhnungskirche von den Kommunisten zerstört worden war. Mit ihrer Teilnahme an der Messe zur Einweihung der Kapelle gelang es einigen Politikern, eine neue Ära für die Bernauer Straße einzuläuten, in deren Verlauf immer mehr Politiker die Gedenkfeiern am 9. November und 13. August besuchten. Anlässlich des vierzigsten Jahrestages des Mauerbaus am 13. August 2001 eröffneten Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit eine größere Ausstellung mit dem Titel »Berlin, 13. August 1961« im Dokumentationszentrum. Am 17. Juni 2003 wurde schließlich ein Aussichtsturm eröffnet, der Besuchern die Möglichkeit gibt, den gesamten Todesstreifen von oben zu überblicken und damit einen nachhaltigeren Eindruck davon zu gewinnen.



Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Dokumentationszentrum mit Aussichtsturm,
Bernauer Straße



Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Holzkreuze von Alexandra Hildebrandt,
Checkpoint Charlie

In den Jahren von 2001 bis 2003 beauftragte der Berliner Senat in Anerkennung der wachsenden Bedeutung, die der Berliner Mauer allgemein zuteil wurde, die Baukonservatoren Leo Schmidt und Axel Klausmeier, ein vollständiges Inventar der Überreste der ehemaligen Mauer und des Todesstreifens, der zwischen Ost- und West-Berlin verlaufen war, zu erstellen.

Die dritte Phase: 2004–2005

Den wahren Wendepunkt im Umgang mit der Berliner Mauer und ihrer Geschichte zwischen 1990 und 2011 markierte der fünfzehnte Jahrestag des Mauerfalls im Jahr 2004, als die Leiterin des Checkpoint-Charlie-Museums, Alexandra Hildebrandt, am Checkpoint Charlie zum Gedenken an die Opfer der Mauer 1065 Holzkreuze enthüllte. Die emotionale Wirkung dieser Kreuze, die für Menschen standen, die vermutlich auf ihrer Flucht getötet worden waren, war sehr stark, besonders weil einige Kreuze Fotografien der jeweiligen Opfer mit Name, Geburtsdatum, Todesdatum und Todesursache trugen, wie z. B. Erschießung durch einen Grenzpolizisten oder Ertrinken. Hildebrandt, viele Journalisten und zahlreiche weitere Bürger wie auch ehemalige Opfer wiesen im Laufe der Aktion auf den scharfen Kontrast zwischen der emotionalen Wirkung der Hildebrandt-Kreuze und der rekonstruierten Mauer des Kohlhoff-Denkmal sowie der Kälte und mangelnden emotionalen Wirkung der Bernauer Straße hin. Obgleich für viele der von Hildebrandt berücksichtigten mutmaßlichen Opfer die wissenschaftliche Beweisgrundlage fehlte, waren zahlreiche andere eindeutig Maueropfer gewesen. Ihnen hatte Hildebrandt jetzt Namen, Gesichter, öffentliche Aufmerksamkeit und Gedenken gegeben, etwas, was an der Bernauer Straße in einem derartigen Ausmaß nicht geschehen war.

Die Errichtung der Kreuze für die Opfer der Mauer durch Alexandra Hildebrandt hatte mehr als jede andere Aktion seit dem Fall der Berliner Mauer tief greifende Auswirkungen auf die fortlaufenden Debatten darüber, in welchem Umfang und auf welche Weise die

Geschichte der Berliner Mauer zu dokumentieren sei. Insbesondere bewirkte die Aktion, dass ernsthaft öffentlicher Druck auf das Land Berlin und den Bund ausgeübt wurde, mehr zu unternehmen, um der Maueropfer zu gedenken und die Geschichte der Mauer aufzuarbeiten.

Die weiteren Phasen der Errichtung der Gedenkstätte wurden alle stark von Hildebrandts Mauerkreuzen beeinflusst. Sie bewirkten gesteigerte Aufmerksamkeit und größere finanzielle Unterstützung sowohl vonseiten des Landes als auch des Bundes für die Bewahrung und das Gedenken der Mauer an der Bernauer Straße und andernorts. Ebenso führten die Kreuze dazu, dass im Mai 2010 schließlich ein Fenster des Gedenkens an der Bernauer Straße mit Bildern der bis dato nachgewiesenen Maueropfer einschließlich ihrer Namen, Geburts- und Todesdaten enthüllt wurde. Obgleich Hildebrandt gezwungen wurde, die Kreuze im Sommer 2005 zu entfernen, sind die Folgen ihrer Aktion in der Erinnerungspolitik zur Berliner Mauer auf diese Weise immer noch spürbar.

Die vierte Phase: 2006

Den vierten und mit Blick auf das offizielle politische Engagement bedeutendsten Moment markierte im Juni 2006 die Verabschiedung von vierzig Millionen Euro für ein Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer seitens des Berliner Senats. Das Konzept stellte eindeutig die Opfer der Mauer in den Mittelpunkt sowie alle Opfer der SED-Diktatur und der deutschen Teilung. Angetrieben durch die öffentliche Aufmerksamkeit für Hildebrandts Mauerkreuze hatte der damalige Berliner Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Thomas Flierl (PDS), schon Ende November 2004 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Rainer Klemke einberufen, um den Entwurf eines Gedenkkonzeptes zur Erinnerung an die Berliner Mauer ausarbeiten zu lassen. Zu dieser Arbeitsgruppe gehörten Vertreter aller Schlüsselstellen der Berliner Regierung, der Museen und Gedenkstätten, die der Berliner Mauer gelten, Historiker, Opferverbände, Denkmalpfleger und andere betroffene Parteien. Gemeinsam beschlossen sie im Sommer 2006 ein dezentralisiertes Gesamtkonzept zur Unterstützung vielfältiger Berliner Einrichtungen, unter ihnen Checkpoint Charlie, East-Side-Gallery, Niederkirchner Straße und Brandenburger Tor; man kam jedoch auch überein, dass die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße als *Primus inter Pares* erhalten bleiben sollte.

Das Gesamtkonzept sah den Ausbau der Gedenkstätte Berliner Mauer zu einem sehr viel tiefer gehenden, informativeren und auch emotionaleren Ort vor. Die Forderungen lauteten: »Das Dokumentationszentrum dauerhaft sichern; den Mauergedenkbereich ausdehnen und die Informationsangebote und Orte für das Gedenken ausbauen; die authentischen Reste der Grenzsicherungsanlage sichern und dauerhaft erhalten und präsentieren; dem individuellen Gedenken Raum geben – Gesichter und Namen, Lebens- und Todesdaten dokumentieren; und den Gesamtzusammenhang Bernauer Straße vom Nordbahnhof bis zur Oderberger Straße/Mauerpark stärker betonen und für den Besucher deutlicher erfassbar machen.« Darüber hinaus wurden Gelder zur Finanzierung eines »Mauerdialogs« mit Bewohnern der Bernauer Straße über die Zukunft des Ortes bereitgestellt.

Dieses Gesamtkonzept war der Wendepunkt in der langfristigen Sicherung der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße. Während Senator Flierl sich hierfür verantwortlich zeigte, traf sich der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) regelmäßig mit Opfernverbänden, die sich über die der PDS in Person von Senator Flierl zukommenden Rolle sorgten. Sie fürchteten, dass die Mitbestimmung der Partei zu einer Verharmlosung der Mauer führen würde. Paradoxe Weise wurde aber gerade unter Flierl endlich die langfristige Finanzierung und Aufmerksamkeit für die Geschichte der Berliner Mauer sichergestellt, etwas, das nicht gelungen war, solange die CDU an der Macht gewesen war.

Die fünfte Phase: 2007–2009

Der vorletzte entscheidende Abschnitt in den Entwicklungen an der Bernauer Straße währte von 2007 bis Frühjahr 2009. Er gestaltete sich weitaus kontroverser, als jener, der ihm folgen sollte. Strittige Aspekte waren v.a. die Entscheidungen über die Verfahren für den Ausbau der Gedenkstätte sowie die Besetzung des Direktorenpostens der neu geschaffenen Stiftung Berliner Mauer. Außerdem war diese Periode auch dadurch gekennzeichnet, dass der Bund es Berlin gleichtat und mit einer Erhöhung der Finanzmittel sowie gesteigertem Interesse für die Mauer und ihre Opfer und insbesondere für die Bernauer Straße in Erscheinung trat.

Zuvor hatte der Bund bereits Gelder zur Verfügung gestellt, um den Kauf von Grundstücken für die Gedenkstätte zu unterstützen. Ferner finanzierte er die als direkte Antwort auf Hildebrandts Mauerkreuze durchgeführten Untersuchungen zur Feststellung der genauen Identität der Maueropfer unter der Leitung von Maria Nooke vom Verein Berliner Mauer an der Bernauer Straße und Hans-Hermann Hertle vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung. Die Ergebnisse dieser Nachforschungen wurden in dem Buch *Die Todesopfer der Berliner Mauer 1961–1989 – Ein biografisches Handbuch* 2009 veröffentlicht.

Der entscheidende Schritt zur Institutionalisierung der regierungsseitigen Unterstützung des Gedenkens erfolgte aber mit dem Gedenkstättenkonzept des Bundes im Juni 2008. In diesem Gedenkstättenkonzept widmete der Bund der Aufarbeitung des SED-Regimes einschließlich der Geschichte der Berliner Mauer sehr viel mehr Aufmerksamkeit als zuvor. Der Prozess der thematischen Neugewichtung im Rahmen des Gedenkstättenkonzepts des Bundes war umstritten. Einige vermuteten, dass das gesteigerte Interesse für die Aufarbeitung des SED-Regimes sich negativ auf den Aufarbeitungsprozess hinsichtlich der Nazi-Verbrechen auswirken könnte. Im schlechtesten Fall würde damit sogar eine Gleichsetzung der beiden Regime erfolgen, so die Befürchtung. Am Ende stellte der Bund in seinem Konzept jedoch klar, »dass weder die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden dürfen noch das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden darf.« Das Gedenkstättenkonzept unterstützte Berlins Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer und förderte vor allem den Ausbau der Gedenkstätte Berliner Mauer »zu einem Gedenkareal [...], das den Schrecken des Grenzregimes deutlich macht« sowie ihren Zusammenschluss mit der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde zur Stiftung Berliner Mauer.

Auf der Grundlage des Berliner Gesamtkonzeptes zur Erinnerung an die Berliner Mauer initiierte die Gedenkstätte Bernauer Straße im Jahr 2007 einen Wettbewerb für die Erweiterung des Gedenkortes um eine Gedenklandschaft. Finanziert werden sollte das Ganze aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln in Höhe von 37,5 Millionen Euro, von denen 11,6 Millionen Euro bei diesem Wettbewerb ausgelobt werden sollten. Vorbereitet wurde der Wettbewerb größtenteils vom Vorsitzenden des Beirates an der Bernauer Straße, Klaus-Dietmar Henke, und dem Architekten Günter Schlusche, der von der Gedenkstätte Berliner Mauer und dem Berliner Senat beauftragt worden war, das Projekt zur Erweiterung der Gedenkstätte gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Beirates zu leiten.

Die eingereichten Arbeiten mussten eine Gesamtkonzeption aller Wettbewerbsaspekte, d. h. Architekten, Landschaftsarchitekten und Ausstellungsgestalter eingeschlossen, vorweisen. Darüber hinaus mussten die Vorschläge Pläne zu folgenden Punkten enthalten:

- zur Einbeziehung der bereits bestehenden Teile der Gedenkstätte;
- zum Bau eines neuen Besucherzentrums/Informationspavillons;
- zur Gestaltung des Kernbereiches der erweiterten Gedenkstätte zwischen Garten- und Brunnenstraße als Freiraumgestaltung und Open-Air-Ausstellung (einschließlich der Namen der Opfer und anderer persönlicher Geschichten über Fluchtversuche, Tunnel, zerstörte Häuser und den Grenzbereich mit besonderem Schwerpunkt auf den Bereich zwischen Gartenstraße und Ackerstraße);
- zur Ausstellung der wichtigsten Überreste;
- zur Darstellung der historischen Ereignisse im Bereich zwischen Brunnen- und Schwedter Straße.

Die Wettbewerbsrichtlinien von Juli 2007 besagten darüber hinaus Folgendes: »Im Mittelpunkt der Gestaltungskonzeption muss die sinnliche Erfahrung des Gewaltcharakters der Grenzanlagen stehen, die der SED als Sicherungsinstrument ihrer nicht demokratisch legitimierten Herrschaft dienten und die Bedingung für die Existenz der DDR waren. Der Gewaltcharakter des Systems zeigt sich insbesondere an den Orten, an denen Menschen auf der Flucht nach West-Berlin gezielt getötet wurden oder an den Folgen von Gewaltanwendung starben. Die Aufgabe der Gedenkstätte ist es, diese Toten bei ihrem Namen zu nennen, ihre Gesichter und ihre Biografien [...] der Öffentlichkeit zu zeigen, sie im öffentlichen Gedächtnis zu verankern und Orte für die individuelle Trauer sowie gemeinsames Gedenken zu schaffen.« Die Open-Air-Ausstellung sollte ebenfalls Informationen zur Geschichte des DDR-Grenzregimes und dessen Auswirkungen auf die Menschen in Ost und West liefern.

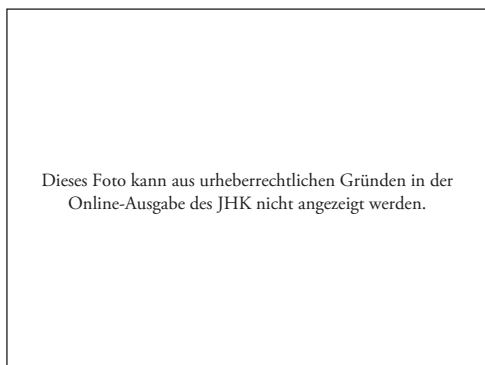
In den Wettbewerbsrichtlinien wurde der Verwendung aller originalen Überreste am Standort und deren Erläuterung Priorität eingeräumt. Wichtig für die nachfolgende Debatte Anfang 2009 war daher, dass an dieser Stelle festgelegt wurde, dass »die Rückführung von authentischen Materialien, etwa von ausgelagerten Mauersegmenten, an den originalen Ort zulässig ist.« Dies bedeutete, dass die Reintegration der Mauerstücke, die von der Sophiengemeinde im Jahr 1997 eigenmächtig aus der Bernauer Straße entfernt worden waren, nunmehr erlaubt würde. Allerdings legten die Richtlinien auch fest, dass die Geschichte des Ortes nach 1990 ebenfalls in der Gedenkstätte verankert werden sollte, eine Klausel, die die Sophiengemeinde zu ihrem Vorteil nutzen konnte, um die Rückführung der Teile zu verhindern. Jede Art von »Mauer-Disneyland« oder »Erlebnispark mit allerlei vordergründigen

Schock- und Gruseffekten« sollte im Wettbewerb nicht zugelassen sein. »Eine Vollrekonstruktion des gesamten Grenzsystems auf der ganzen Länge der Bernauer Straße [...] wird vom Auslober abgelehnt.« Die einzige Vollrekonstruktion, die am Standort stattfinden sollte, sollte in den Köpfen der Besucher ablaufen.

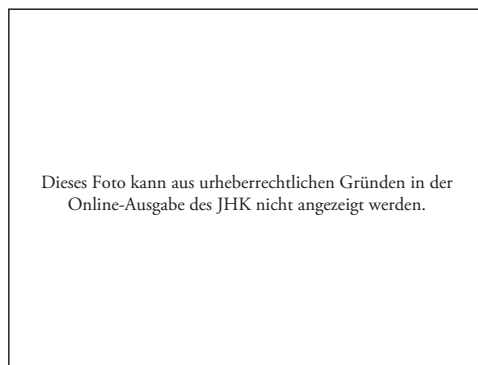
Der im Dezember 2007 verkündete Siegerentwurf kam von den Landschaftsarchitekten Sinai, Faust, Schroll, Schwarz, den Architekten Mola/Winkelmüller und ON Architektur Christian Fuchs. Der Entwurf verzichtete auf die Rückführung der von der Sophiengemeinde entfernten Teile; vielmehr sah er hohe, dünne Säulen aus Corten-Stahl vor, die zeigen sollten, wo die Mauer früher gestanden hatte, dies jedoch in transparenter Weise, um zu veranschaulichen, dass sie als solche heute nicht mehr existiert. Diese Aspekte des Siegerentwurfs erwiesen sich als sehr strittig, insbesondere im Winter/Frühjahr 2009, als die Vorbereitungen für die praktische Umsetzung des Entwurfs anliefen. Gegner behaupteten, dass dieser die Mauer und das Grenzregime sehr viel weniger bedrückend, aber dafür umso durchlässiger erscheinen ließe, als sie in Wirklichkeit gewesen waren. Einige Opferverbände und CDU-Politiker von Bund und Land bezichtigten die Gedenkstätte der Verharmlosung der Geschichte der Mauer und des Grenzregimes. Die Angelegenheit drohte, die Fortsetzung der Arbeiten und die Erweiterung der Gedenkstätte zum Stillstand zu bringen. Der Fall wurde sehr eingehend in der Presse geschildert und von Politikern diskutiert. Einige waren der Auffassung, dass man die Sophiengemeinde hätte überzeugen können einzulassen und die Rückführung der entfernten Mauerteile zu gestatten. Mehrere Mitglieder des Beirates der Bernauer Straße traten aus Protest gegen die Entscheidung, die Mauerteile nicht zurückzuführen, in dieser Phase zurück.

Die Sophiengemeinde als Eigentümerin des Grundstückes erklärte, dass sie der Rückführung der von ihr entfernten Mauerteile nicht zustimmen würde. Sie drohte damit, der Gedenkstätte die Nutzung der Fläche zu verwehren, was das Ende der Gedenkstätte bedeuten hätte. Die Gemeinde bestand darauf, dass die Mauer nicht über ihren Gräbern stehen dürfe, und erinnerte alle daran, dass es den Sophienfriedhof schon lange vor Errichtung der Mauer gegeben hatte; außerdem beharrte sie darauf, dass die Gedenkstätte nicht nur die Geschichte der Mauer zu der Zeit, als sie dort stand, zeigen dürfe, sondern auch auf die Geschichte des Standortes vor und nach der Mauererrichtung eingehen müsse. Die Lücke in der Mauer zeige die Entwicklung vor Ort nach 1990 und stehe als Sinnbild dafür, dass die Mauer allgemein überwunden sei. Schließlich mündete die Diskussion um die Lücke in der Mauer sogar in einer noch heftigeren darüber, ob die Gedenkstätte überhaupt erweitert werden sollte oder ob die Geschichte der Berliner Mauer an der Bernauer Straße nicht eher nur begrenzt behandelt werden sollte.

Axel Klausmeier, der neue Leiter der im September 2008 gegründeten Stiftung Berliner Mauer, übernahm die Angelegenheit im Januar 2009. Er verteidigte den Siegerentwurf und die Beibehaltung der Lücke in der Mauer. Darüber hinaus trat er ebenfalls dafür ein, an der Erweiterung der Gedenkstätte festzuhalten und die Bedeutung der Mauer für diesen Ort dabei mit aller Sorgfalt zu unterstreichen. Als Experte für Denkmalpflege wies Klausmeier auf die Denkmalpflegeprinzipien hin, die 1979 in der Charta von Burra festgelegt worden waren und nach denen ein Standort so erhalten bleiben sollte, wie er vorgefunden wurde. Kritiker sahen sich dadurch zu dem Vorwurf veranlasst, dass sich Klausmeier mehr um die



Lücke in der Mauer, Bernauer Straße



Wachturm, Bernauer Straße/Ackerstraße

theoretischen Grundsätze der Denkmalpflege kümmere als um die Darstellung der »Verantwortung der SED für das mörderische Grenzregime«. Befürworter des ausgewählten Entwurfs bezeichneten die Vorschläge, die Mauerteile zurückzubringen und die ehemalige Grenzzone zu rekonstruieren, hingegen als »Disney an der Bernauer«.

Nachdem eine Entscheidung des Stiftungsrates über die weitere Vorgehensweise aufgrund massiver öffentlicher Kritik um einen Monat verschoben wurde, trat dieser schließlich am 3. März 2009 zusammen und beschloss, den Siegervorschlag weiterhin zu unterstützen, einschließlich des Vorhabens, die Lücken in der Mauer an der Bernauer Straße teilweise mit hohen dünnen Säulen aus Corten-Stahl anstatt mit den entfernten Mauersegmenten zu füllen. Da die Sophiengemeinde nunmehr sicher sein konnte, dass die Mauersegmente nicht an den Gedenkort an der Bernauer Straße zurückgeführt werden würden, stimmte sie zu, ihr Grundstück für die Erweiterung der Gedenkstätte zur Verfügung zu stellen. Jedoch wuchs nun der Druck auf die Stiftung Berliner Mauer und die Urheber des Siegerentwurfs, alles zu unterlassen, um die Mauer und ihre Geschichte zu verharmlosen. Natürlich lag dies den Beteiligten fern, da bereits die Wettbewerbsrichtlinien besagten, dass das zentrale Anliegen darin bestünde, die Brutalität der Mauer und des dazugehörigen Todesstreifens zu zeigen, die dazu beigetragen hatten, das SED-Regime zu stützen. Dass dieser Bestandteil der Richtlinien eingehalten wurde, zeigen die Entwicklungen an der Gedenkstätte Berliner Mauer seit Frühjahr 2009.

Disneyland und die Sicht der Denkmalpflege

Ein nicht mit Denkmalpflege befasster externer Beobachter würde sich wahrscheinlich auf die Seite derjenigen stellen, die die Rückgabe der Mauersegmente wünschten, damit ein umfassenderer Eindruck von der Mauer vermittelt würde. Heute bedauern viele Experten und interessierte Bürger, dass an keinem Ort in Berlin mehr von der Mauer und dem gesamten Todesstreifen erhalten wurde, damit die Menschen einen besseren Eindruck davon erhielten, wie es war, als die Mauer noch stand. Aber natürlich überrascht es nicht, dass die überwiegende Zahl der Menschen die Mauer nach 1989 so schnell wie möglich niederreißen

wollte. Anders als in einigen Abschnitten der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze außerhalb Berlins, wo sehr viel mehr Land zur Verfügung steht, um Teile der früheren Grenze zu bewahren, war in der neuen deutschen Hauptstadt der Raum sehr knapp. Jetzt, da einige Jahre vergangen sind und viele Menschen auch in Berlin erkennen, wie wichtig es ist, die Geschichte der Mauer sichtbar zu machen, sind Diskussionen darüber entbrannt, ob einige der vielen authentischen Teile der Mauer, die in Berlin gelagert werden, nicht doch zurückgebracht oder rekonstruiert werden sollten. Allerdings sind Denkmalpfleger und einige andere zunehmend der Ansicht, dass die Rückführung von Teilen, seien sie nun authentisch oder nicht (und insbesondere, wenn sie es nicht sind), zur Schaffung einer Art Disneyland bzw. zu einer »Disneyfizierung« des Ortes beitragen würde.

Allzu oft dient die Verwendung des Begriffes Disney jedoch als Vorwand, als schneller Weg, um die Erörterung des anstehenden Problems zu umgehen. Der Begriff ist inzwischen so weit verbreitet, dass es für viele Leute ausreicht, einer Sache das Label »Disneyfizierung« anzuhängen, um sie von vornherein zum Scheitern zu verurteilen. Doch im realen Disneyland geht es um Märchen, um Dinge, die sich niemals ereignet haben. Die Berliner Mauer jedoch ist etwas sehr Reales, etwas, das es definitiv gegeben hat. Oft wird der Begriff Disneyland von Denkmalschützern und Konservatoren verwendet, die zunehmend zu hundert Prozent auf Authentizität bestehen, ohne »Wiederherstellung« oder »Rekonstruktion«, Begriffe, die sie ebenso abwertend mit »Disneyfizierung« gleichsetzen.

Doch es ist nicht immer so gewesen. Denkmalpfleger haben in der Vergangenheit oft ein höheres Maß an Rekonstruktion zugelassen, als sie es heute tun. Zum Beispiel sorgte die Stiftung Berliner Mauer rechtzeitig zum zwanzigsten Jahrestag im November 2009 dafür, dass ein authentischer Wachturm wieder an der Bernauer Straße aufgestellt wurde (sein früherer Standort befand sich allerdings an einem anderen Teil der Grenze). Die Stiftung war der Meinung, dass hier unbedingt ein Wachturm stehen müsse, um die Schlüsselrolle der Grenzposten im Todesstreifen zu demonstrieren. Diese Entscheidung war sinnvoll, damit Besucher heute nachvollziehen können, wie die Arbeit der Grenzposten aussah, wie Menschen auf der Flucht niedergeschossen wurden.

Nun könnte man einwenden, wenn ein authentischer Wachturm zur Gedenkstätte zurückgebracht werden konnte, dann könnten mit gutem Recht auch authentische Mauersegmente an andere frühere Standorte der Mauer zwischen Ackerstraße und Brunnenstraße und darüber hinaus zurückgeführt werden. Allerdings ist dies aufgrund der Tatsache, dass man in der Denkmalpflege darin übereinstimmt, vom Standort entfernte Dinge nicht zurückzuführen, nicht sehr wahrscheinlich. Dennoch wäre der Berliner Senat gut beraten, für den Fall, dass sich die Grundsätze der Denkmalpflege und der allgemeine Konsens in Berlin in Bezug auf diese Frage in Zukunft irgendwann einmal ändern sollten, an den eingelagerten Mauersegmenten festzuhalten.

Eine weitere Änderung, die an der Gedenkstätte der Bernauer Straße vorgenommen wurde, betrifft den verbleibenden zentralen Abschnitt der Mauer zwischen Ackerstraße und Bergstraße. Die Mauer war hier nicht mehr in demselben Zustand wie Ende November 1989 bzw. Oktober 1990. Zwischenzeitlich war sie mit Graffiti besprüht und von »Mauerspechten« ernsthaft beschädigt worden. Die Verwalter der Gedenkstätte ließen die Mauer daher instandsetzen und die Graffiti entfernen, da sie der Meinung waren, dass es wichtiger sei, den Men-


Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Fenster des Gedenkens, Bernauer Straße

schen zu zeigen, wie die Mauer die meiste Zeit ausgesehen hatte, und nicht, wie bunt sie zum Schluss gewesen war. Sie wollten, dass die Betonung nicht auf den farbigen Bildern, sondern auf dem kalten Charakter der Mauer lag. Darüber hinaus sollte sichergestellt werden, dass die Mauer nicht einstürzen würde, und so womöglich Menschen durch herabfallende Mauerteile verletzt werden könnten. Denkmalpflegeexperten gehen auch heute noch der Frage nach, wie sie die Mauer an der Bernauer Straße und andernorts technisch und physisch langfristig bewahren können, damit sie als authentischer Ort des Gedenkens an die Geschichte erhalten bleibt.

Die sechste Phase: 2009–2011

Die letzte entscheidende Phase in den Anfang der Neunzigerjahre eingeleiteten Entwicklungen an der Bernauer Straße begann im Herbst 2009 und wird am 13. August 2011 enden. Sie war bislang außergewöhnlich produktiv und erfolgreich was die Erweiterung der Gedenkstätte betrifft. Im Oktober 2009 eröffnete die Gedenkstätte im Nordbahnhof eine Ausstellung über Geisterbahnhöfe, also über diejenigen S- und U-Bahnhöfe, die geschlossen waren, solange die Mauer stand. Am 4. November 2009 wurden am südlichen Stadtrand von Berlin an Orten, an denen Menschen auf der Flucht getötet worden waren, im Beisein von Familienmitgliedern der Opfer sowie von Politikern vier Stelen enthüllt. Jede Stele trug das Bild



Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Gesamtkomplex Bernauer Straße mit neuem Besucherzentrum (im Vordergrund links)

eines Opfers und seine biografischen Daten. Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer am 9. November 2009 feierte Pfarrer Fischer wie üblich mit Familienmitgliedern früherer Opfer, Politikern und anderen einen Gottesdienst in der Versöhnungskapelle; anschließend wurden Kränze am Kohlhoff-Denkmal niedergelegt, bevor der Regierende Bürgermeister Wowereit, Kulturstaatsminister Bernd Neumann und Axel Klausmeier das neue Besucherzentrum eröffneten.

Am 21. Mai 2010 wurde das zentrale Element der erweiterten Gedenkstätte der Öffentlichkeit vorgestellt: ein Fenster des Gedenkens zur Erinnerung an die Opfer der Mauer. Hiermit wurde ein ganz entscheidender, sehr erfolgreicher Wendepunkt in den Entwicklungen an der Gedenkstätte markiert: Das Fenster verlieh dem Ort Herz. Der sowohl vor als auch nach den Holzkreuzen von Alexandra Hildebrandt jahrelang erhobene Vorwurf, die Gedenkstätte wirke kalt und anonym, konnte damit nicht mehr aufrechterhalten werden. Das Fenster des Gedenkens, das auf dem ehemaligen Todesstreifen platziert wurde, steht neben der Außenmauer, die den letzten Teil des Todesstreifens vor der Grenze nach West-Berlin bildete; es enthält Fotografien mit Namen, Geburts- und Todesdaten von 128 Menschen, die zwischen 1961 und 1989 an der Berliner Mauer getötet worden waren. Bei der bewegenden Eröffnungszeremonie im Mai 2010 wurden die Familienmitglieder der Opfer in den Mittelpunkt gestellt; sie erhielten weiße Rosen und legten sie in die Fenster ihrer geliebten Verstorbenen. Wowereit, Neumann, Klausmeier, Holger Kulick von der Sophiengemeinde und Rainer Wagner von der Union der Opferverbände kommunistischer Gewalt-

herrschaft e.V. (UOKG) betonten in ihren Reden den Charakter der Gedenkstätte als Ort des Trauerns, an dem Privatleute und Öffentlichkeit der Toten gedenken könnten.

Getrennt vom Fenster des Gedenkens, aber dennoch in der Nähe, auf dem ehemaligen Todesstreifen wurde eine Säule aus Stahl errichtet, eine Informationsstele, die Auskunft über acht Grenzsoldaten gibt, die an der Grenze getötet worden sind. Dieses Element wurde nicht von allen Seiten befürwortet. Ein Kompromiss wurde gefunden, indem man die Informationen über die getöteten Grenzsoldaten zwar einbezog, jedoch abgesetzt von den zivilen Opfern präsentierte. Weitere Informationsstelen in der Außenausstellung geben Hinweise auf die Fundamente der Gebäude, die zerstört worden waren, um Platz für die Mauer zu schaffen, verweisen auf den Verlauf von Teilen des früheren Signalzauns und liefern weitere Informationen über die Geschichte des Ortes einschließlich des Standortes von Gräbern aus dem Zweiten Weltkrieg. Noch mehr Information wird bis zum fünfzigsten Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 2011 entlang des Verlaufs der früheren Grenze zwischen Gartenstraße, Brunnenstraße und Schwedter Straße hinzukommen. Daneben wird es im Inneren des Dokumentationszentrums eine neue und erweiterte Ausstellung geben, rund um den Park am Nordbahnhof sowie den Mauerpark werden weitere Infostelen errichtet werden; das voraussichtliche Datum der Fertigstellung des Gesamtkomplexes ist 2012. Der Ausbau der Gedenkstätte Berliner Mauer zu einer informativen, sorgfältig durchdachten und bewegenden Gedenkstätte an authentischem Ort, die künftigen Generationen dabei helfen wird, zu verstehen, was die Berliner Mauer war und was sie für das Leben der Berliner bedeutete, ist also auf einem guten Weg. Gleichzeitig sind die Diskussionen darüber, was die Gedenkstätte umfassen sollte, und, allgemeiner noch, die Diskussionen über die Geschichte der Mauer an sich, weit davon entfernt, zum Abschluss zu kommen.

Die Auseinandersetzung mit den Tätern

Trotz der kürzlich erfolgten Aufstellung eines ehemaligen Wachturms an der Gedenkstätte Berliner Mauer bleibt die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Tätern an der Gedenkstätte und in der breiteren öffentlichen Diskussion weiterhin strittig. Einige, darunter ehemalige Opfer und ihre Familien, sind der Meinung, dass eine Einbeziehung der Täter eine Beleidigung für die Opfer darstelle und eine Art Gleichgewicht impliziere. Für viele bedeutet es auch eine schwierige, direkte Konfrontation mit einem zweiten Beispiel für deutsches Verbrechen im zwanzigsten Jahrhundert, ein Thema, für das nicht jeder Energie bzw. Interesse aufbringt. Wieder andere sind der Auffassung, dass die Konzentration auf DDR-Verbrechen eine Relativierung bzw. das Herunterspielen der Nazi-Verbrechen impliziere. Es ist in vielerlei Hinsicht einfacher, über die Opfer der Berliner Mauer zu sprechen und ihrer zu gedenken, als Nachforschungen über die Täter anzustellen.

Für so manchen, insbesondere jene, die als Grenzsoldaten oder als Teil der politischen, Stasi- oder militärischen Bürokratie, welche die Grenze überwachte, gedient haben, ist es einfach zu sagen, dass sie nur ihre Arbeit getan haben und/oder dass die starre Grenze in Berlin dazu beigetragen habe, im Zentrum der globalen Konfrontation des Kalten Krieges den Frieden zu bewahren. Es gibt natürlich viele, die ihr gesamtes Berufsleben oder einen Teil davon in diesen Bürokratien verbracht haben. Besonders, wenn sie sich selbst als Opfer

der Wiedervereinigung betrachten, die nicht mehr dasselbe Einkommen, die Sicherheit und den Respekt genießen wie zu DDR-Zeiten, mögen sie der Ansicht sein, dass eine Diskussion über die Täter im Zusammenhang mit der Berliner Mauer ein weiteres Beispiel für Siegerjustiz ist. Aufgrund dessen waren diejenigen Deutschen, die den Schwerpunkt aus verschiedenen Gründen auf den laufenden Prozess der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland legen wollten, sehr auf der Hut, was das Thema »Täter an der Berliner Mauer« anging. Andere wiederum, besonders einige Mitglieder der CDU, haben die Täterfrage aufgegriffen, um der Partei Die Linke vorzuwerfen, dass sie die Verbrechen der DDR nicht ausreichend aufgearbeitet habe. Grundsätzlich sollten damit auch allgemeine Zweifel an der derzeitigen Vertrauenswürdigkeit der Partei und ihrer Eignung für das öffentliche Amt zum Ausdruck gebracht werden.

Für Nachgeborene und andere, die zu verstehen versuchen, was die Berliner Mauer war, sind die Täter ein wesentlicher Teil der Geschichte; dies umso mehr, da das Staatsoberhaupt der DDR Walter Ulbricht 1961 de facto eine Schlüsselrolle bei der hermetischen Abriegelung der Grenze in Berlin spielte. Ulbricht versuchte die Sowjets jahrelang dahingehend zu beeinflussen, ihm zu erlauben, das einzige noch verbleibende Schlupfloch für seine Bürger zu schließen: die offene Grenze in Berlin. Die Sowjets verweigerten dies allerdings mit der Begründung, dass ein derartiger Schritt der Welt zeigen würde, dass ihre Bestrebungen zur Etablierung eines dem Kapitalismus überlegenen Kommunismus fehlgeschlagen seien. Sie wussten auch, dass eine Schließung der Grenze die Ostdeutschen dazu bringen würde, die SED und das sowjetische Regime als ihre Feinde zu betrachten und die Beziehungen mit den westlichen Mächten gefährden würde. Schließlich sahen die Sowjets im Sommer 1961 jedoch angesichts des immer stärker anwachsenden Flüchtlingsstroms keine andere Möglichkeit, ihre kommunistischen Verbündeten in Ostdeutschland zu unterstützen, als der Schließung der Grenze in Berlin zuzustimmen. Die Entscheidung, die Grenze abzuriegeln und ein tödliches System an der Grenze zu errichten, war also in erster Linie eine ostdeutsche, und erst danach eine sowjetische Entscheidung.³

Schlussbetrachtung

Die Berliner Mauer und all das, was sie schließlich bedeutete, einschließlich der Opfer und Täter, ist demzufolge Teil der deutschen Geschichte. Es können nicht ausschließlich die anderen, wie z. B. die Sowjets, oder die Umstände, wie der Kalte Krieg, dafür verantwortlich gemacht werden, wie Egon Krenz es bei seiner Gerichtsverhandlung nach der Wiedervereinigung versuchte. Dieser Teil der Geschichte muss auch an der Gedenkstätte Berliner Mauer, und nicht nur da, erzählt werden. Es überrascht nicht, dass es eine gewisse Zeit gedauert hat, bis man sich mit den schwierigsten Aspekten der Mauer – der Frage nach der Verantwortung, der Frage nach den Tätern – befasst hat. In seinem Bedürfnis nach mehr Zeit, um gut vorbereitet die schwierigen Aspekte seiner Vergangenheit zu ergründen, ist Deutschland

3 Siehe dazu Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Berlin 2011.

nicht allein. Ländern in der ganzen Welt geht es ähnlich, und einige von ihnen, wie Japan, die Türkei und Russland, haben in diesem Zusammenhang weitaus mehr Zeit benötigt als Deutschland.

Über die Geschichte der Berliner Mauer zu sprechen, ist nicht nur für so manchen aus dem Osten mit einem gewissen Unbehagen verbunden, das Gleiche gilt auch für einige im Westen. Zum Beispiel wurde der West-Berliner Polizei – kurz nach dem Abriegeln der Grenze am 13. August 1961 durch die Ostdeutschen – die Aufgabe übertragen, die Grenze auf der westlichen Seite zu schützen, um wütende West-Berliner und andere auf der westlichen Seite daran zu hindern, einen Grenzzwischenfall auszulösen, der in einem bewaffneten Konflikt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt hätte eskalieren können. Und natürlich unternahmen die westlichen Mächte nichts, um die neue Grenze zu entfernen, sondern brachten nur verbal Protest zum Ausdruck, wieder aus Angst, einen militärischen Konflikt zu provozieren. Insbesondere auch, da die Ostdeutschen und die Sowjets größte Vorsicht walten ließen, um mit dem Stacheldrahtzaun und der Mauer nicht unbefugt auf West-Berliner Gebiet vorzudringen. Das umfassendere Thema der stillschweigenden Duldung der Berliner Mauer durch den Westen mag für viele Menschen aus dem Westen heute durchaus unangenehme Züge tragen.

Jungen Deutschen fällt es heute schwer zu verstehen, wie es überhaupt zu der Mauer kommen konnte, ganz zu schweigen davon, wie es geschehen konnte, dass sie von den Menschen auf beiden Seiten in irgendeiner Weise akzeptiert wurde bzw. dass diese das Gefühl hatten, sie zwangsläufig akzeptieren zu müssen. Aus der Sicherheit der historischen Distanz heraus finden es die jungen Menschen oft absurd, dass es die Mauer gegeben hat, und sie fragen sich, wie ihre Eltern – im Osten wie im Westen – damit leben konnten und warum es den 9. November 1989 nicht schon früher gegeben hat. Die Funktion der Gedenkstätte Berliner Mauer sollte daher nicht nur darin bestehen, das zu zeigen, was im Zusammenhang mit der Geschichte der Berliner Mauer passiert ist, sondern auch, warum es passiert ist. Die künftige erweiterte Ausstellung an der Gedenkstätte wird den jungen Menschen hoffentlich Antworten darauf geben. Natürlich gibt es dafür nicht die eine, einfache Antwort, doch könnte aus der Perspektive unterschiedlicher Deutscher eine Vielzahl von Antworten angeführt werden, um die Menschen dazu zu veranlassen, über die Umstände der damaligen Zeit nachzudenken.

Die Entwicklungen an der Bernauer Straße vollzogen sich seit 1989 im breiten Kontext der in Berlin und ganz Deutschland geführten Debatten, wie mit der Geschichte Ostdeutschlands, der SED, der Berliner Mauer und der deutschen Teilung umzugehen sei. Die Debatten und Kontroversen an der Bernauer Straße trugen in diesem Rahmen maßgeblich zum laufenden Prozess der Aufarbeitung der Geschichte der DDR, der SED, der deutschen Teilung sowie der Berliner Mauer bei. Je mehr die Gedenkstätte Berliner Mauer mit Mitteln ausgestattet wurde und sich eine Art institutioneller Kern mit einem größeren Mitarbeiterstab herausbildete, umso erfolgreicher konnte sie in ihrem Bemühen sein, authentische Relikte der Berliner Mauer zu zeigen und künftige Generationen über die Mauer zu unterrichten. Im Rahmen dieses Prozesses ist die Gedenkstätte Berliner Mauer von einem recht kalten Ort, der einige Informationen vermittelte, zu einer bewegenden Gedenkstätte mit einer vielschichtigen Darstellung und Erläuterung der Geschichte der Berliner Mauer geworden. Es bleibt

immer noch viel zu tun, um die umfassendere Geschichte und den historischen Kontext der Berliner Mauer zu veranschaulichen, damit diejenigen, die das Glück hatten, nicht die reale Berliner Mauer erleben zu müssen, Verständnis dafür entwickeln können, wie und warum sie ihre Wirkung nicht verfehlte. Der laufende Prozess der Gestaltung und der Erweiterung der Gedenkstätte Berliner Mauer wird weiterhin ein produktiver Teil der Aufarbeitung der Geschichte in Deutschland sein und der Gedenkstätte eine äußerst wichtige Rolle in Deutschland verleihen.

Aus dem Englischen übersetzt durch das Bundessprachenamt

